



Entschließungsantrag zur 2./3. Beratung des 1. Gesetzes zur Änderung des Elterngeld- und Elternzeitgesetzes BT-Drs. 16/9415

**Parlamentarische Initiativen von Martina Bunge, Klaus Ernst,
Diana Golze, Katja Kipping, Elke Reinke, Volker Schneider, Ilja
Seifert, Frank Spieth, Jörn Wunderlich, 13. November 2008**

13.11.08 - Entschließungsantrag - Drucksache Nr. 16/10830

DIE LINKE. kritisiert die Pläne, in Fällen von »Teenagerschwangerschaften« den erwerbstätigen Großeltern, die den minderjährigen Eltern bei der Betreuung helfen, einen Anspruch auf Elternzeit, aber keinen Anspruch auf Elterngeld zu gewähren. Denn wer auf das Einkommen angewiesen ist, kann mit dem Anspruch auf Elternzeit allein nichts anfangen. DIE LINKE. fordert deshalb die Verankerung eines Anspruchs auf Elterngeld in den genannten Fällen.

Herunterladen als PDF

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per

E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!